



Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag Nordrhein-Westfalen • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Damen und Herren
Abgeordnete des Landtags NRW

im Hause

Auskunft erteilt: Dr. Michael Kober

Telefon: (0211) 884-2480

Fax: (0211) 884-3020

E-Mail: michael.kober
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen: I.1

Düsseldorf, 24. Juni 2015

Beschlüsse des 7. Jugendlandtags 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Zeit vom 11. bis 13. Juni 2015 fand der 7. Jugendlandtag statt. Die Beschlüsse, die im Rahmen dieses Planspiels in der Plenarsitzung am 13. Juni 2015 gefasst wurden, übersende ich Ihnen hiermit zur Kenntnis.

Es handelt sich hierbei unter anderem um Beschlüsse zu den Themen „Vergabe von Studienplätzen gerechter gestalten“ und „Mehr fürs Leben/den Alltag in der Schule lernen“, die auch Gegenstand von Anhörungen von Sachverständigen in den jeweiligen Jugendlandtag-Fachausschüssen waren. Darüber hinaus haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtags einen Eilantrag zum Thema „Gleichstellung der Ehe für alle“ nach Beratung angenommen, den ich Ihnen ebenfalls zur Kenntnis gebe.

Der Verlauf der Sitzung des 7. Jugendlandtags im Plenarsaal am 13. Juni 2015 ist im Internetauftritt des Landtags unter der Rubrik „Jugendangebot“ als Livestream abrufbar.

Mit freundlichen Grüßen


Carina Gödecke

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

INFORMATION

16/288

Alle Abg

Beschlüsse des 7. Jugendlandtags in der Plenarsitzung am 13. Juni 2015

I. Der 7. Jugendlandtag hat im Rahmen einer Aktuellen Stunde eine Aussprache zu dem Thema „Verbesserung der Situation von Flüchtlingen“ geführt.

II. Der 7. Jugendlandtag hat folgenden Eilantrag („Gleichstellung der Ehe für alle“) angenommen:

Am 11. Juni 2015 hat sich der Bundesrat mehrheitlich für die völlige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe ausgesprochen. Dabei soll die sexuelle Identität keine Rolle spielen, denn Liebe sowie ihre Ausübung stellt für uns ein Grundrecht dar. Für eine partnerschaftliche Adoption sollte eine Beziehung zwischen Mann und Frau keine Voraussetzung sein.

Deshalb fordern wir:

1. Keine Unterscheidung im Eherecht bezüglich Sexualität, Identität und Neigung.
2. Adoptionsrecht für alle rechtlichen Ehen jeglicher sexueller Identitäten.

III. Der 7. Jugendlandtag hat den Antrag „Vergabe von Studienplätzen gerechter gestalten“ unter Berücksichtigung der angenommenen Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und der angenommenen Änderungsanträge in der Plenarsitzung in folgender Fassung angenommen:

Das im Regelfall von staatlichen Hochschulen angewandte Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen für zulassungsbeschränkte Studiengänge beschränkt sich überwiegend auf den Numerus Clausus als wesentliches Auswahlkriterium. Dieses Auswahlverfahren konzentriert sich einseitig auf die erreichte Abiturnote und lässt andere persönliche Fähigkeiten von Bewerbern, die für den erfolgreichen Abschluss eines Studiums von grundlegender Bedeutung sind, außen vor. Zudem verschärft es den Fachkräftemangel, da vielen potentiellen Nachwuchskräften durch die hohen Zugangshürden die Möglichkeit zur Erlangung einer erforderlichen Qualifikation verwehrt wird.

Um eine faire Studienplatzvergabe zu verwirklichen, die dem einzelnen Bewerber gerecht wird, fordern wir:

1. Die verpflichtende Einführung von standardisierten und fächerspezifischen Einstufungstests an staatlichen Hochschulen in NRW zur Vergabe der Studienplätze.
2. Die Aufstockung des Personals und Budgets der Hochschulen, um die einwandfreie Durchführung der Einstufungstests gewährleisten zu können.
3. Die Einführung eines Punktesystems an allen staatlichen Hochschulen in Nordrhein - Westfalen zur Vergabe der Studienplätze, die nach hochschuleigenen Kriterien vergeben werden. In dieses Punktesystem fallen sowohl der Numerus Clausus, als auch das Ergebnis des Tests sowie Wartezeiten und soziales Engagement.
4. Die Vergabe von Studienplätzen nach Abiturnote bleibt bei 19%, wobei die Vergabe nach hochschuleigenen Kriterien 9,5% der Studienplätze ausmacht, die Wartezeit 19% und das Punktesystem 47,5%.

5. Den Universitäten wird eine gewisse Karenzzeit eingeräumt bis zur Einführung des Tests.
6. Neben dem abgeschlossenen Abitur gelten auch abgeschlossene Berufsausbildungen in Verbindung mit einem Haupt- oder Realschulabschluss als Studienqualifikation und Studienzulassung. Grund hierfür ist, dass durch die Berufsausbildung der Auszubildende bedeutend geschult wird und auch eine gewisse Lebenserfahrung und Berufserfahrung erhält. Danach soll dem Auszubildenden auch die Möglichkeit der Weiterbildung durch ein Studium gewährt werden. Weiterhin soll diese Zulassung, je nach Berufsausbildung, nur für einen bestimmten, zur Berufsausbildung passenden Studiengang erteilt werden.

IV. Der 7. Jugendlandtag hat den Antrag „Mehr fürs Leben/den Alltag in der Schule lernen“ unter Berücksichtigung der angenommenen Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und der angenommenen Änderungsanträge in der Plenarsitzung in folgender Fassung angenommen:

Mit 140 Zeichen in dem sozialen Netzwerk „Twitter“ hat die 17-Jährige Schülerin Naina aus Köln das auf den Punkt gebracht, was viele Jugendliche über die aktuelle Schulpolitik denken. Naina twitterte: *„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen“.*

Dieses kurze aber prägnante Statement hat viel Zuspruch bei Schülern, Lehrern und Eltern gefunden.

Deshalb fordern wir:

1. Die Einführung einer Seminarwoche/Projektwoche an allen weiterführenden Schulen für alle Klassen pro Schuljahr, in denen jede Schule ihre eigenen praxisnahen Auswahlthemen vorstellt und diese behandelt, wobei am Ende der Mittelstufe das Thema „Hauswirtschaft, Steuern, Miete und Versicherungen“ verpflichtend zu behandeln ist.
2. Eine Praxisnähe zu Beginn der weiterführenden Schulen in allen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, wobei dieses die Schulen selbst koordinieren können. Somit denken wir, dass an allen Schulen die Kommunikation lebensnaher Themen in der Schulbildung umfassend gegeben ist.